

WaStrG

Bundeswasserstraßengesetz Kurzkomentar

Von

Beate Heinz

Ministerialrätin im Bundesministerium
für Verkehr und digitale Infrastruktur

ERICH SCHMIDT VERLAG

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation
in der Deutschen Nationalbibliografie;
detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über
<http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

Weitere Informationen zu diesem Titel finden Sie im Internet unter
[ESV.info/978 3 503 15876 8](http://ESV.info/9783503158768)

Gedrucktes Werk: ISBN 978 3 503 15876 8

eBook: ISBN 978 3 503 15877 5

Alle Rechte vorbehalten

© Erich Schmidt Verlag GmbH & Co. KG, Berlin 2015

www.ESV.info

Dieses Papier erfüllt die Frankfurter Forderungen
der Deutschen Nationalbibliothek und der Gesellschaft für das Buch
bezüglich der Alterungsbeständigkeit und entspricht sowohl den
strengen Bestimmungen der US Norm Ansi/Niso Z 39.48-1992
als auch der ISO Norm 9706.

Satz: multitext, Berlin

Druck und Bindung: Strauss, Mörlenbach

Vorwort

Mit dem vorliegenden Kurzkomentar wird eine komprimierte, aber dennoch vollständige Kommentierung des Bundeswasserstraßengesetzes vorgelegt, mit der die grundlegenden Fragestellungen, insbesondere aus der Verwaltungspraxis, beantwortet werden können. Die Verfasserin hat zu Beginn ihrer Laufbahn selbst große Planfeststellungsverfahren in der Wasser- und Schifffahrtsverwaltung durchgeführt und ist seit vielen Jahren in dem für das Recht der Bundeswasserstraßen zuständigen Referat im Bundesministerium für Verkehr tätig. Insofern verfügt sie über große Erfahrungen aus dem gesamten Zuständigkeitsbereich der Verwaltung.

Die enthaltenen Erläuterungen berücksichtigen die vielfältigen Änderungen, denen das Bundeswasserstraßengesetz in den letzten Jahren insbesondere aufgrund von Planungsbeschleunigungs- und Planungsvereinfachungsbestrebungen der Bundesregierung unterworfen war, darüber hinaus aber auch die sich aus der Neuregelung des Wasserhaushaltsgesetzes seit dem 1. März 2010 ergebenden Verpflichtungen des Bundes. Des Weiteren gehen die Texte bereits auf die derzeit durchgeführte und noch nicht abgeschlossene Organisationsreform der Wasser- und Schifffahrtsverwaltung ein.

In erster Linie liegt den Erläuterungen die für die Auslegung und Anwendung des Gesetzes einschlägige Rechtsprechung zugrunde, sie geben aber häufig auch den in amtlichen Begründungen erklärten Willen des Gesetzgebers wieder. Auf diese Weise stellen sie eine hilfreiche Handreichung für die tägliche Verwaltungsarbeit dar und verschaffen von der Materie betroffenen Dritten die Möglichkeit zu einer schnellen und fundierten Information über die Rechtslage.

Bonn, im Juli 2015

Die Verfasserin

Inhaltsverzeichnis

Vorwort.....	V
Abkürzungsverzeichnis.....	XI
Literaturverzeichnis.....	XV
Abschnitt 1. Bundeswasserstraßen	3
§ 1 Binnenwasserstraßen, Seewasserstraßen	3
§ 2 Bestandsänderung	8
§ 3 Erweiterungen und Durchstiche	9
Abschnitt 2. Wahrung der Bedürfnisse der Landeskultur und der Wasserwirtschaft	11
§ 4 Einvernehmen mit den Ländern	11
Abschnitt 3. Befahren mit Wasserfahrzeugen und Gemeingebrauch	13
§ 5 Befahren mit Wasserfahrzeugen	13
§ 6 Gemeingebrauch	14
Abschnitt 4. Unterhaltung der Bundeswasserstraßen und Betrieb der bundeseigenen Schifffahrtsanlagen	15
§ 7 Allgemeine Vorschriften über Unterhaltung und Betrieb ..	15
§ 8 Umfang der Unterhaltung	18
§ 9 Maßnahmen in Landflächen an Bundeswasserstraßen ...	23
§ 10 Anlagen und Einrichtungen Dritter.....	24
§ 11 Besondere Pflichten im Interesse der Unterhaltung	25
Abschnitt 5. Ausbau und Neubau der Bundeswasserstraßen ...	27
§ 12 Allgemeine Vorschriften über Ausbau und Neubau	27
§ 13 Planungen	32
§ 14 Planfeststellung, vorläufige Anordnung	33
§ 14a Anhörungsverfahren.....	39
§ 14b Planfeststellungsbeschluss, Plangenehmigung	42
§ 14c Rechtswirkungen der Planfeststellung und der Plangenehmigung	45
§ 14d Planänderung vor Fertigstellung des Vorhabens.....	47
§ 14e Rechtsbehelfe	48
§ 15 Veränderungssperre, Vorkaufsrecht	51
§ 16 Besondere Pflichten im Interesse des Vorhabens.....	53
§ 17 Anhörungsverfahren.....	56

§ 18	Versagung der Planfeststellung	56
§ 19	Planfeststellungsbeschluss	56
§ 20	Vorzeitige Besitzeinweisung	56
§ 21	Ausschluss von Ansprüchen	60
§ 22	Nachträgliche Entscheidungen	61
§ 23	Planänderung	61
Abschnitt 6. Ordnungsvorschriften		61
§ 24	Strompolizei	61
§ 25	Verantwortliche Personen	63
§ 26	Inanspruchnahme nicht verantwortlicher Personen	67
§ 27	Strompolizeiverordnungen	68
§ 28	Strompolizeiliche Verfügungen	70
§ 29	Verhältnismäßigkeit, Wahl der Mittel	72
§ 30	Besondere Befugnisse zur Beseitigung von Schiffahrtshindernissen	74
§ 31	Strom- und schiffahrtspolizeiliche Genehmigung	79
§ 32	Rücknahme und Widerruf der strom- und schiffahrtspolizeilichen Genehmigung	85
§ 33	Besondere Pflichten im Interesse der Überwachung	87
Abschnitt 7. Besondere Aufgaben		89
§ 34	Schiffahrtszeichen	89
§ 35	Wasserstands- und Hochwassermeldedienst, Eisbekämpfung und Feuerschutz	93
Abschnitt 8. Entschädigung		95
§ 36	Allgemeine Vorschriften über Entschädigung	95
§ 37	Einigung, Festsetzungsbescheid	97
§ 38	Vollstreckung	98
§ 39	Rechtsweg	99
Abschnitt 9. Kreuzungen mit öffentlichen Verkehrswegen		100
§ 40	Duldungspflicht	100
§ 41	Kosten der Herstellung von Kreuzungsanlagen	101
§ 42	Unterhaltung der Kreuzungsanlagen	105
§ 43	Durchfahrten unter Brücken im Zuge öffentlicher Verkehrswege	108
Abschnitt 10. Durchführung des Gesetzes		111
§ 44	Enteignung für Zwecke der Bundeswasserstraßen	111
§ 45	Zuständigkeiten	112
§ 46	Rechtsverordnungen	115
§ 47	Gebühren- und Auslagenregelung	116
§ 48	Anforderungen der Sicherheit und Ordnung	117

Abschnitt 11. Bußgeldvorschriften, Schlussvorschriften	119
§ 49 Verletzung der Geheimhaltungspflicht.	119
§ 50 Ordnungswidrigkeiten	119
§ 51 Ordnungswidrigkeitendeckelung	121
§ 52 Verletzung der Aufsichtspflicht.	124
§ 53 Verjährung	124
§ 54 Einziehung.	125
§ 55 Unterwerfungsverfahren, Verwaltungsbehörde	125
§ 56 Überleitungsbestimmungen.	125
§ 57 Außer Kraft tretende Vorschriften	127
§ 58 Berlin-Klausel	128
§ 59 Inkrafttreten	128
Stichwortverzeichnis	129